

Dringlichkeitsantrag

des Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb und Klubobmanns Dominik Oberhofer betreffend:

„Beendigung der durch die deutsche Bundespolizei durchgeführten Grenzkontrollen zu Tirol“

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, sich bei der deutschen Bundesregierung für eine sofortige Beendigung der durchgeführten Grenzkontrollen zu Tirol einzusetzen.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Europäische Kommission zu ersuchen, jene Grenzkontrollen durch die Bundesrepublik Deutschland sofort zu beenden, keinesfalls einer weiteren Verlängerung nach dem 11. Mai 2019 zuzustimmen.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss: Wohnen und Verkehr

Begründung

Deutschland kontrolliert seine Grenzen zu Österreich seit Herbst 2015 aufgrund der damaligen Flüchtlings- und Migrationsbewegung nach Westeuropa. Im Oktober 2018 wurden diese Grenzkontrollen vom deutschen Innenministerium bis zum 11. Mai 2019 verlängert, obwohl es dafür keine aktuelle Rechtsgrundlage mehr gegeben hat.

Der Schengener Grenzkodex sieht vor, dass Mitgliedsstaaten an den Binnengrenzen „nur vorübergehend“ Grenzkontrollen einführen dürfen – maximal für zwei Jahre mit einmaliger Verlängerung um sechs Monate. Der Kodex legt insbesondere fest, dass die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen im Schengen-Raum nur **im Ausnahmefall** geboten sein kann, wenn die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit ernsthaft bedroht sind.

Es gibt derzeit keine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit, sind doch die Flüchtlings- und Migrationszahlen deutlich rückläufig. Die geringen Schlepperaufgriffe und unerlaubten Einreisen, wie in der ersten Einsatzbilanz (Jänner 2019) der im letzten Jahr eingerichteten bayerischen Grenzpolizei angeführt, zeigen ein eindeutiges Bild. Die Argumentation eines „nicht funktionierenden Außengrenzschutzes“ rechtfertigt diese Kontrollmaßnahmen somit nicht.

Die Reisefreiheit im Schengenraum sei eine der Grundfreiheiten im Rahmen des freien Personenverkehrs der EU. Die aufgrund der Grenzkontrollen täglich erzeugten künstlichen Staus führen darüber hinaus zu einem erhöhten Unfallrisiko. Zudem leiden Umwelt, Wirtschaft und die Bevölkerung unter den Grenzkontrollen. Laut einer Studie der WKO würden 3-stündige Verzögerungen für den Warentransport bei der Ein- und Ausreise am Grenzübergang Kufstein Mehrkosten von täglich 1,3 Mio. Euro verursachen. Hinsichtlich Tourismus wurden in Westösterreich bereits zwischen 10-30% weniger Tagestouristen erhoben. Neben einer negativen Auswirkung auf Berufspendler_innen von oder ins benachbarte Deutschland, verursachen die Grenzkontrollen Ausweichverkehr auf das nieder-rangige Straßennetz und damit verbundene Verkehrsprobleme im Großraum Kufstein.

(Vgl. https://news.wko.at/news/oesterreich/FS_Wirtschaftlicher-Schaden-durch-Wiedereinfuehrung-von-Gren.pdf).

In allen Fällen der Einführung aber auch Verlängerung, muss die Europäische Union diesen Maßnahmen zustimmen. 2018 hatte die EU Kommission unter EU Innenkommissar Dimitris Avramopoulos Deutschland aufgefordert, die Grenzkontrollen an ihren Binnengrenzen aufzuheben.

„**Die Dringlichkeit** dieses Antrags begründet sich darin, dass die von der deutschen Bundesregierung angeordneten Grenzkontrollen zu Tirol nach der sechs monatigen Verlängerung am 11. Mai 2019 auslaufen. Um sofortige Verhandlungen durch die Bundesregierung aufnehmen und eine weitere Verlängerung nach dem 11. Mai 2019 verhindern zu können, bedarf es einer sofortigen und dringlichen Behandlung im Tiroler Landtag.“



Innsbruck, am 21. März 2019

